

# „Mediengeile Klimakleber oder selbstlose Weltretter?“

Eine Talkshow-Simulation zu den Protesten der Letzten Generation

Tom Meyer und Florian Weber-Stein

## „Letzte Generation“ – (k)ein Thema für die Schule?

Die Klimaproteste der „Letzten Generation“ (im Folgenden: LG) sind längst zu einem schulpolitischen Thema geworden. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ (2023) vom 8. April 2023, die LG wolle aktiv Aktivist:innen an Schulen rekrutieren, kündigten die Kultusminister:innen fast aller Länder an, dies proaktiv verhindern zu wollen.

Die Einbeziehung externer Akteur:innen in die Bildungsarbeit der Schule ist grundsätzlich rechtfertigungsbedürftig und im Falle einer Vereinigung, die mittlerweile von einigen Behörden als kriminell eingestuft worden ist, sicherlich problematisch. Umso wichtiger erscheint es, die Forderungen und Protestformen der LG zum Gegenstand einer politikdidaktisch reflektierten, unterrichtlichen Auseinandersetzung zu machen. Dazu unterbreiten wir im Folgenden einen Unterrichtsvorschlag, der sich an der Makromethode der Talkshow-Simulation orientiert. Die Materialien können von der GWP-Internetseite mit Open Access abgerufen werden.

In einem ersten Schritt werden wir einordnen, welche Möglichkeiten für Klimaaktivismus im demokratischen Verfassungsstaat bestehen und welche Kriterien zur Beurteilung der Legitimität der Proteste der LG aus demokratietheoretischer Sicht angelegt werden (1.). Es schließen sich einige politikdidaktische Überlegungen zu den Protesten der LG als Unterrichtsgegenstand an (2.). Es folgt eine Vorstellung der Talkshow-Simulation als Makromethode sowie eine knappe Skizze unseres



**Tom Meyer**

Doktorand im Bereich Politikwissenschaft und Politikdidaktik,  
Institut für Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule  
Ludwigsburg



**Prof. Dr. Florian Weber-Stein**

Professor für Politikwissenschaft und Politikdidaktik, Institut für  
Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Unterrichtsmaterials (3.), bevor wir die Erfahrungen aus der praktischen Durchführung in einer Stuttgarter Gemeinschaftsschule (Sek. II) schildern (4.). Ein kurzes Fazit schließt unsere Überlegungen ab (5.).

## 1. Klimaproteste im demokratischen Verfassungsstaat

Die Proteste der LG zielen auf eine bewusste Störung des Alltags, um bei der Bevölkerung und den politischen Eliten die Problematik einer Politik ins Bewusstsein zu rufen, deren Maßnahmen nach einhelliger klimawissenschaftlicher Auffassung nicht ausreichen, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen (Spiegel Online 2023). Bei großen Teilen der Bevölkerung sowie der Politiker:innen stoßen sie damit auf Ablehnung und Unverständnis. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive spricht Vieles dafür, dass das Problem einer (noch) nicht nachhaltigen Politik weniger am Unvermögen der handelnden Personen als an den Strukturen des politischen Systems festzumachen ist.

### a) Die Gegenwartspräferenz repräsentativer Demokratien

Unter dem Schlagwort „Demokratiedefekte“ werden strukturelle Probleme verstanden, die auf den „demokratischen Charakter“ (Mannewitz 2018, S. 18) eines Systems zurückgeführt werden können. Die *Gegenwartspräferenz* repräsentativer Demokratien hat zwei Ursachen: Um in Wahlkämpfen ihre Chancen zu erhöhen, orientieren sich Politiker:innen an den Bedürfnissen ihrer Wählerschaft. Die Interessen junger oder zukünftiger Generationen spielen daher im Kalkül nur eine untergeordnete Rolle (Gesang 2022). Darüber hinaus sind Politiker:innen bestrebt, die Ergebnisse ihrer Politik während ihrer Amtszeit vorweisen zu können. Zusätzlich erschwert die Unsicherheit über zukünftige Machtverhältnisse eine langfristige politische Agenda

Es ist jedoch nicht nur das Machtkalkül der Politiker:innen in kurzgetakteten Amtsperioden, das eine nachhaltige Politik erschwert, sondern auch die Erwartungshaltung der Wählerschaft (Tremmel 2018; Gesang 2022). Empirische Untersuchungen stützen die Vermutung, dass vorausschauendes politisches Handeln seitens der Wähler:innen nicht entsprechend gewürdigt wird. In der Studie von Healy und Malhorta (2009) honorierten Wähler:innen das Bereitstellen von Katastrophenhilfe, wohingegen Investitionen in die Katastrophenvorsorge keine entsprechende Wertschätzung fanden (Rose 2018).

Die grundlegende Frage, welchem Wahlvolk politische Entscheidungsträger:innen in einer Demokratie verpflichtet sind, beschäftigt Demokratietheoretiker:innen seit jeher (ebd.). Spätestens mit der Entstehung einer von Vernetzungen und Abhängigkeiten geprägten Weltwirtschaft wurde das *Demos-Problem* zu einer zentralen ethischen Frage für die politische Praxis (Gesang 2022). Mit Blick auf die langfristigen ökologischen Folgen besitzt dieses Problem zusätzlich eine intergenerationelle Komponente. In der Gegenwart getroffene politische Entscheidungen über das Einleiten von Klimaschutzmaßnahmen betreffen Dimensionen von zehn- bis hunderttausenden von Jahren (Tremmel 2018). Damit sind es vor allem die zukünftig lebenden